Samstag, 24. Juli 2021, 15:00 Uhr
~18 Minuten Lesezeit

Die Wunschkatastrophe

Die Schockbilder eines vermeidbaren Hochwasserdesasters liefern den Grünen eine politische Steilvorlage, um im Namen des Klimaschutzes die Freiheit weiter einzuschränken.

von Nicolas Riedl
Foto: component/Shutterstock.com

Die Flutkatastrophe im Rheinland war ein

Medienereignis par excellence. Es gab spektakuläre Bilder von zerstörten Städten, emotional aufgelöste und tatkräftig anpackende Politiker, herzzerreißende Einzelschicksale und Twitter-Schlachten. Vor allem aber die ultimative Forderung, aus dem Desaster zu lernen: mehr Klimaschutz! Die Medien unterließen es zunächst, vor dieser Katastrophe zu warnen, obwohl die mehr als evidenten Daten der Wetterdienste hierzu vorlagen. Danach schlachteten sie dieses Unheil aus, das nie solche Dimensionen angenommen hätte, hätten sie ihren Job gemacht. Anschließend produzierten sie damit genau jene Bilder, die man benötigt, um im Namen des Klimaschutzes die Freiheit weiter einzuschränken. Etliche politische Akteure forderten bereits in den vergangenen Wochen und Monaten, den Klimawandel mit den gleichen freiheitseinschränkenden Methoden zu bekämpfen, mit denen man Corona Einhalt gebieten wollte. Diese Flutkatastrophe lieferte den „perfekten" Vorwand hierfür. Anders als bei den immer lächerlicher anmutenden Virenmutationen wurde vor dieser tatsächlichen Katastrophe nicht gewarnt. Mehr noch — Hilfe wurde teils behindert, teils wegen politischer Unkorrektheit delegitimiert, teils verleumdet und manchmal sogar strikt abgewiesen. Das nährt den schrecklichen Verdacht, dass diese Katastrophe gezielt zugelassen wurde, um daraus politisches Kapital zu schlagen. In diesem Fall lässt die Katastrophe vor allem in menschliche Abgründe blicken.

Die heutige Art der Medienrezeption und des Medienkonsums stellt gewissermaßen auch eine Flutkatastrophe dar. Unablässig strömt eine Masse von dekontextualisierten Informationsfragmenten, kurzweiligen Skandalen und Hashtags auf den ungeübten Mediennutzer ein. Zulasten des Langzeitgedächtnisses.

Eine Flutkatastrophe im Wortsinn, wie sie sich Mitte Juli im Rheinland ereignete, ist — so könnte man dem derzeitigen Mediendiskurs entnehmen — etwas vollkommen Neuartiges. Kennzeichnend für dieses Ereignis ist, dass es monokausal dem Klimawandel zugeschrieben wird. Die deutschen **Twitter-Trends vom 15. Juli** (https://archive.twitter-trending.com/germany/15-07-2021) zeigen deutlich, dass diese eindimensionale Kausalität im Diskurs als gegeben betrachtet wird. Wir finden in den Top-Five der längsten Trends die Hashtags #Hochwasser, #Flutwelle einerseits und #Klimawandel, #Klimakatastrophe andererseits. #Laschet ist dazwischen eingeklemmt.

Flutkatastrophen in der alten Normalität

Hier stellt sich dem kritischen Mediennutzer die Frage, welche Debatten bei zurückliegenden Flutkatastrophen — ja, die gab es **wirklich** (https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_deadliest_floods#2021) — entfacht und geführt wurden. Nehmen wir als prominentes Beispiel das Hochwasser in Mitteleuropa im **Jahr 2013** (https://de.wikipedia.org/wiki/Hochwasser_in_Mitteleuropa_2013). Dieses Ereignis fand statt, lange bevor die Klimadebatte so hitzig und öffentlich geführt wurde wie heute. Sucht man per Google die Artikel aus dem Zeitraum Juni 2013 zu diesem Thema, offenbart sich

dem Leser eine heterogene, wesentlich breiter geführte Debatte, die sich nicht wie heute auf den Faktor Klimawandel reduziert. Im Gegenteil muss regelrecht nach Beiträgen gesucht werden, die den Klimawandel als Auslöser überhaupt in Erwägung ziehen. Im Zentrum der Debatte standen in erster Linie andere Faktoren. So **schrieb** (https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/163064/hochwasser-in-deutschland-12-06-2013) die *Bundeszentrale für politische Bildung*:

„Als Ursache für die sich häufenden ‚Jahrhundertfluten' machen Experten vor allem extreme Starkregenfälle verantwortlich. Nach Angaben des Deutschen Wetterdienstes (DWD) fielen im ungewöhnlich ‚nassen' Mai bis Anfang Juni fast 23 Billionen Liter Regenwasser auf Deutschland. Diese Mengen kann der Boden kaum aufnehmen. Aber auch der forcierte Deichbau, Flussbegradigungen und Bodenversiegelungen sollen zur Verschärfung der Hochwasserlage beitragen. Die Ströme würden dadurch kanalisiert. Dies erhöhe zum einen die Fließgeschwindigkeit der Flüsse. Zum anderen gebe es durch den Verlust von Auen immer weniger natürliche Überflutungsflächen. (…)

Heute werden nur noch etwa zehn bis 20 Prozent der ursprünglichen Überschwemmungsflächen bei Hochwasser überflutet. Hintergrund sei unter anderem die intensive landwirtschaftliche Nutzung der Flächen. In der Folge könnten die Böden weniger Wasser aufnehmen, das Regenwasser fließe oberirdisch schneller ab. Hinzu kommt die Bebauung: Jeden Tag verschwinden in Deutschland 100 Hektar freie Landschaft unter Asphalt oder Beton – jede Stunde eine Fläche von fünf Fußballfeldern. Dadurch reduziert sich die Versickerungsfläche für Regenwasser zusätzlich."

Über das Klima wird in dem gesamten Artikel nicht gesprochen. Bei *Deutsche Welle* verfasste Irene Quaile einen **Beitrag** (https://www.dw.com/de/hochwasser-zeichen-f%C3%BCr-den-klimawandel/a-16857883) mit dem Titel „Hochwasser — Zeichen für

den Klimawandel?“. Allein das Fragezeichen am Ende dürfte heute als Klimasakrileg gelten. Darüber hinaus ist der Artikel relativ verhalten und nüchtern formuliert:

„Die ungewöhnliche Stärke des Regens und das anhaltend feuchte Wetter im ‚Wonnemonat‘ Mai lassen die Frage aufkommen, ob der Klimawandel eine Rolle spielt. Wetterphänomene sind nach Meinung der Experten immer Einzelereignisse, die keine Aussage zum Klimawandel zulassen. Dafür muss man die langfristige Entwicklung ansehen, über viele Jahrzehnte, sagt Klimaforscher Latif (…). Wetterdienstexperte Gerhard Lux ist zurückhaltend, wenn es um statistische Belege hierfür geht. Eine Zunahme der Extremniederschläge könne man nicht so sicher nachweisen wie den Temperaturanstieg. Trotzdem geht auch er aufgrund der Klimamodelle von einer Zunahme aus.“

Am Ende wird eingeräumt, dass nicht genug getan wurde, um den CO2-Austoß zu reduzieren. Man hätte sich zum Klimawandel entsprechend verhalten müssen. Jetzt noch die Kurve zu kriegen, sei schwierig. Daher müsse man nun einfach damit leben, dass solche Katastrophen jetzt häufiger auftreten. Anders formuliert: Derlei Katastrophen können mit dem Klimawandel zusammenhängen. Man hätte es verhindern müssen. Man hat es nicht getan. Jetzt müsse man die Suppe halt auslöffeln. „Die Wissenschaft(en)“ agiert(en) 2013 im Vergleich zu heute noch so, wie es ihrem Wesen entspricht: Deskriptiv, den Ist-Zustand analysierend, ohne dabei Handlungsanweisungen zu diktieren.

Bevor wir zum Flut-Klimawandel-Diskurs 2021 zurückkehren, sei kurz auf die **Geschichte der Flutkatastrophen** (https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_deadliest_floods#2021) verwiesen. Diese Ereignisse gab es schon lange vor dem Industriezeitalter und damit lange vor einem **vergleichbaren menschlichen Einfluss** (https://www.heise.de/tp/features/Klimatismus-und-der-

Mythos-vom-97-Konsens-4944683.html) auf das Klima des Planeten.

Zu nennen wäre hier die **All Saints‘ Flut** (https://en.wikipedia.org/wiki/All_Saints%27_Flood_(1570)) von 1570 auf dem Gebiet der heutigen Niederlande und Deutschland, der zehntausende zum Opfer fielen. 1342 starben beim **Magdalenenhochwasser** (https://de.wikipedia.org/wiki/Magdalenenhochwasser_1342) in Mitteleuropa rund 6.000 Menschen. Zum Vergleich: Zum Zeitpunkt dieser Niederschrift — Stand 20. Juli 2021 — starben bei der Europäischen Flut 2021 bislang 197 Menschen (wenngleich natürlich berücksichtigt werden muss, dass der Lebens- und Zivilisationsstand heute eine bessere Reaktion auf derartige Katstrophen erlaubt). Jedes Einzelschicksal ist tragisch, und eine höhere Todeszahl wiegt die niedrigere nicht auf. In diesem Abschnitt soll es schlicht um eine unemotionale, sachlich-nüchterne Einordnung des Katastrophenumfangs gehen.

Während die Anzahl von 197 Todesopfern im historischen Maßstab — ungeachtet der demographischen Bevölkerungsexplosion Europas in den letzten Jahrhunderten — gering wirkt, ist sie im Verhältnis zu europäischen Flutopfern im 21. Jahrhundert relativ hoch. 2013 verstarben 25, 2016 21 Menschen, und der „Jahrhundertflut“ 2002 fielen 110 Menschen zum Opfer. Mit dem Europa des 21. Jahrhunderts als Bezugsgröße sticht die Flutkatastrophe 2021 somit signifikant hervor. Von den materiellen Schäden ganz zu schweigen.

Zur historischen Einordnung fand auf den *NachDenkSeiten* Jens Berger in einer **brillanten Analyse** (https://www.nachdenkseiten.de/?p=74422) sehr treffende Worte:

„Es ist auch nicht korrekt, wenn man nun behauptet, dass die überfluteten Städte und Dörfer in der Zeit vor dem Klimawandel keine Hochwasserprobleme gehabt hätten. Das nun überflutete Bad

Neuenahr an der Ahr wurde beispielsweise bereits 1804 und 1910 verheerend überflutet und jeweils gab es ebenfalls dutzende Menschenleben und massive Zerstörungen zu betrauern. Das betroffene Bad Münstereifel wurde 1416 durch eine Überflutung nahezu komplett zerstört. Und damals sprach man wohl eher von einer Strafe Gottes als vom Klimawandel.“

Flutkatastrophe 2021 — Monokausale Ursache und unerwünschte Helfer

Acht Jahre später hat sich der Debattenraum immens verengt und stellenweise selbst ad absurdum geführt. Das Hochwasser wird nun nicht mehr multifaktoriellen Ursachen zugeschrieben, sondern einzig allein dem menschengemachten Klimawandel. Man belässt es aber nicht dabei, eine einzige Ursache für diese Katastrophe auszumachen. Es wird nun dazu übergegangen, die Bevölkerung auf die Bekämpfung dieser einen einzigen Ursache einzuschwören. Im Fokus der Debatte steht nun nicht, wie den Betroffenen schnellstmöglich geholfen werden kann, sondern dass nun entschlossener die Ziele der Klimapolitik verfolgt werden müssten.

Eigenes politisches Versagen wird nicht thematisiert, stattdessen werden Kampfparolen gegen den Klimawandel geschwungen. Man sichert lächerlich kleine Hilfen zu und debattiert darüber, welche Helfer nun die richtigen seien und welche nicht. War 2013 die Flutkatastrophe einfach eine Flutkatastrophe, ist diese Naturkatastrophe ein Politikum, aus dem enormes Kapital geschlagen wird. Politiker können sich als empathische Retter inszenieren, man hat nun die medialen Bilder, um Freiheitseinschränkungen im Namen des Klimawandels durchzudrücken und die Grünen können sich von der Skandal-Kaskade Baerbocks erholen, gar rehabilitieren.

Vor dem Hintergrund der zahlreichen politischen Benefits muss ernsthaft die Frage gestellt werden, ob diese Katastrophe bewusst herbeigeführt oder zumindest billigend wider besseren Wissens zugelassen wurde. Das mag zunächst ungeheuerlich klingen. Doch hier betritt man nicht das Feld wüster, haltloser Spekulationen. Mittlerweile liegt eine Reihe handfester Indizien vor, die diesen schrecklichen Verdacht erhärten. Diese sollen im Nachfolgenden beleuchtet werden.

Nicht geschützt. Nicht gewarnt. Nicht geholfen. Eine bewusst herbeigeführte Katastrophe?

Um es vorwegzunehmen: Der Schaden dieser Katastrophe hätte enorm begrenzt werden können. Insbesondere der Personenschaden. Sowohl langfristige Präventionsmaßnahmen als auch solche unmittelbar vor der Katastrophe hätten greifen können und müssen. Letztere hätten die Zahl der Toten massiv reduzieren können, erstere hätten gar Teile der Fluten in Zaum halten können. All das ist nicht passiert. Und nachdem das Unheil geschah, wurde die Hilfe massiv behindert. Vieles deutet darauf hin, dass man in Berlin die Katastrophe brauchte und wollte. Aber der Reihe nach:

Nicht geschützt und nicht gewarnt

Wie oben bereits dargelegt, ist das nicht die erste Flutkatastrophe in Deutschland. Vorausschauend hätte man Präventionsmaßnahmen ergreifen können. Spätestens als konkrete Wetterwarnungen vorlagen, hätten die Behörden aktiv werden müssen.

Wo ist der Hochwasserschutz?

Ja, wo ist der Hochwasserschutz? Es gab ja nun bereits zahlreiche Flutkatastrophen, die die Notwendigkeit von derlei

Schutzmaßnahmen unter Beweis gestellt haben. Dass so etwas kostspielig und (deshalb) unpopulär ist, erklärt sich von selbst. Doch diese Investition zahlt sich angesichts der Flutschäden aus. Nach den Flutkatastrophen 2002 und 2013 stellte der Bund rund acht Milliarden Euro Aufbaugelder bereit. Die Schäden 2021 dürften weitaus höher liegen und hätten zugleich wesentlich niedriger ausfallen können, hätte man einen vergleichbaren Betrag in die Prävention investiert. Schließlich hätte sich diese Investition vermutlich schon bei der ersten Flutkatastrophe amortisiert.

Und wie viel hat der Bund nun tatsächlich für den Hochwasserschutz ausgegeben? Nun, da kann man lange suchen. Bei einer **kleinen Anfrage** (https://dserver.bundestag.de/btd/19/117/1911783.pdf) der Grünen aus dem Jahr 2019 wird man auf Seite 6 zumindest über die Kosten des Küstenschutzes einigermaßen fündig. Dem Bund läge gemäß der Antwort keine Übersicht aller Kosten für den Küstenschutz vor. Der Bund stelle den Ländern jährlich 25 Millionen Euro zum Zweck des Küstenschutzes zur Verfügung. Für den Zeitraum von 2009 bis 2025 seien 380 Millionen Euro für diesen Zweck bereitgestellt worden.

Zum Vergleich — die Bundesregierung gibt für den Anbau am Bundeskanzleramt **fast das Doppelte** (https://www.bz-berlin.de/berlin/kolumne/wo-bleibt-die-kritik-am-geplanten-600-millionen-anbau-des-bundeskanzleramts) aus, im noch nicht vollendeten Jahr 2021 sogar noch mehr als das **Doppelte** (https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/corona-tests-faq-1872540) für **giftige Schnelltests** (https://www.rubikon.news/artikel/die-schnelltestgefahr) und allein im Jahr 2020 das **15-fache** (https://dserver.bundestag.de/btd/19/254/1925446.pdf) für schädliche Masken. Im Bundestag scheint man das Wort „Priorität“ höchstens buchstabieren zu können.

Wie viele Gelder nun für den Flutenschutz im Inland bereitgestellt wurden, lässt sich nur schwerlich herausfinden. Sollten Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, diese Zahlen bekannt sein, schicken Sie diese doch gerne samt Quellenangabe an: **nicolas.riedl@rubikon.news**. Dann werden diese nachträglich eingefügt.

Wetterwarnung ignoriert

Dieses Unwetter kam nicht unerwartet. Sowohl das *European Awareness System* (EFAS) als auch der *Deutsche Wetterdienst* **warnten bereits zu Beginn der Woche** (https://www.politico.eu/article/germany-floods-dozens-dead-despite-early-warnings/) vor übertretenden Flüssen. So auch **Jörg Kachelmann** (https://www.facebook.com/kachelmannwetter/posts/4229548303778884) am 11. Juli. Und die mit Milliarden an Zwangsgebühren finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten **versagten** (https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/die-flut-kommt-der-wdr-schlaeft-diskussionen-um-gruenen-zeigefinger-in-der-not-a3557394.html) auf ganzer Linie und waren außerstande, die Bevölkerung rechtzeitig vor dieser Katastrophe zu warnen.

Stattdessen wurden die Fernsehzuschauer und Radiohörer mit Angstmeldungen über irgendwelche Delta-, Gamma- oder Omega-Mutationen überhäuft, aber eine sich wahrlich anbahnende Gefahr wurde schlichtweg nicht beachtet. Grenzt so etwas schon an fahrlässige Tötung?

> ***Man sollte sich hierbei einmal klar vor Augen führen: Auf einem anderen Themenfeld — der Pandemie-Bekämpfung — betreiben Regierung und etablierte Medien angesichts einer äußerst überschaubaren Gefahrenlage eine Präventionsorgie, während sie bei einer realen, greifbaren Bedrohung, die sich aus validen Daten ergibt, tatenlos bleiben.***

Bei Corona wird die Wirtschaft gegen die Wand gefahren, die Kinder gequält, alte Menschen ihrer Würde beraubt, das Grundgesetz und damit die Menschen- und Freiheitsrechte in die Mülltonne gekloppt. Für die Kontaktverfolgung wird der Datenschutz über den Haufen geworfen. Eben jener Datenschutz, wegen dem es **nicht möglich sei** (https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/katastrophenschutz-datenschutz-verhindert-bislang-die-automatische-warnung-per-sms/27438918.html?ticket=ST-12812405-EpiXvGg6A54kVq4vgTvi-ap5), ein SMS-Warnsystem zu installieren.

Ein Dammbruch der Irrationalität!

Nicht geholfen — „falsche Helfer“

Als es dann zu spät war, sah es mit der Schadensbegrenzung doch eher dürftig aus. Die Unterstützung der Bundesregierung stand entweder **nicht ansatzweise in einem Verhältnis** (https://www.zdf.de/nachrichten/politik/scholz-soforthilfe-flutopfer-100.html) zum entstandenen Schaden oder wurde sogar mutwillig behindert oder delegitimiert. Gehen wir die Liste der delegitimierten, verhinderten und auch unnötigen Helfer durch.

Verhinderte institutionelle Helfer

In Social Media kursiert **das Statement** (https://t.me/wirmachenauf_de/1824) eines jungen Feuerwehrmanns, in welchem er erklärt, dass seine Truppe in das Krisengebiet gerufen wurde, vor Ort allerdings keinen Auftrag erhalten hätte und man somit nur tatenlos rumstehen konnte. Dabei hätte es reichlich zu tun gegeben. Wie lässt sich das erklären? Jedenfalls deckt sich diese Schilderung mit unzähligen Aussagen, wonach in manchen Teilen des Katastrophengebiets keine Rettungskräfte anzutreffen seien. Anderorts, so etwa in Ahrweiler, wie mir Menschen vor Ort am Telefon bestätigten, seien reichlich Rettungskräfte der Feuerwehr, des THWs und der Bundeswehr vor Ort gewesen. Ob diese mit oder ohne Auftrag handelten, sei unklar.

Querdenker und Co

Hilfe ist Hilfe! Sollte man meinen. Wer der Helfende ist, sollte eine nachrangige Rolle spielen. Genauso, welches Eigeninteresse eventuell hinter der Hilfe stehen mag, solange der Zweck der Hilfe erfüllt wird und der Helfende im Anschluss keine unverhältnismäßigen Forderungen an die Menschen stellt, denen er zuvor geholfen hat. Können wir uns auf diese Definition von „legitimer Hilfe“ einigen? Ja? Gut, dann bestaunen wir doch mal, was die Medien daraus **konstruieren** (https://www.t-online.de/nachrichten/panorama/katastrophen/id_90475088/-querdenker-machen-sich-im-flutgebiet-bad-neuenahr-ahrweiler-breit.html), wenn Menschen aus dem Dunstkreis von Querdenken, der Demokratiebewegung oder anderen nicht genehmen Gruppen die Ärmel hochkrempeln, mit anpacken und wahrlich einen Mehrwert für die Opfer schaffen.

Die Vorwürfe kurz zusammengefasst: Die Querdenker und andere Gruppen würden …

- die Katastrophe zu ihren Gunsten ausnutzen,
- die „echten“ Helfer — so diese überhaupt durchgelassen werden (siehe oben) — unterwandern,
- die Not der Menschen schamlos ausnutzen, um PR für ihre eigene politische Agenda zu betreiben,
- Themen „der Mitte“ okkupieren, um in der Mitte der Gesellschaft anschlussfähig zu werden,
- die staatlichen Institutionen delegitimieren,
- Falschinformationen verbreiten,
- sich über die Katastrophe regelrecht freuen.

Besonders **ekelhaft** (https://reitschuster.de/post/tagesthemen-missbrauchen-hochwasser-katastrophe-fuer-propaganda/) tat sich hier die **Tagesschau** (https://youtu.be/uud2Nd_TFTs?t=423)

hervor. „Sie nutzen die Krise aus“, kommentierte Helge Fuhst in den tagesthemen die Hilfsanstrengungen von Querdenken; sein Kollege Eric Beres vom Südwestrundfunk *kritisierte* allen Ernstes, dass in sozialen Medien „beispielsweise zu Spenden aufgerufen (wurde), aber auch zu Hilfen vor Ort“. Ehrliche Hilfsangebote von Bürgern in einer Situation, in der die Staatsführung versagt hat, werden vom Staatsfernsehen als Querdenken-Propaganda abgekanzelt.

Das Interessante an diesen Vorwürfen: Sie lassen sich 1:1 auf die Regierung und die ihr hörigen Medien übertragen. Behörden und Medien liefern hier ein Paradebeispiel des **Abwehrmechanismus nach Sigmund Freud** (https://flexikon.doccheck.com/de/Projektion_(Psychologie)), bei welchem eigene, als unangenehm empfundene Eigenschaften auf das Gegenüber projiziert werden, um sie sich selber nicht eingestehen zu müssen. Also spiegeln wir mal die Vorwürfe auf die Ankläger zurück:

Politiker und Medien …

- nutzen die Katastrophe zu ihren Gunsten (Freiheitseinschränkungen im Namen des Klimawandels — siehe weiter unten),
- unterwandern die Helfer, lassen sich medienwirksam vor diesen ablichten und inszenieren sich als Retter in der Not mit Hilfen, die keine sind,
- nutzen die Not der Menschen schamlos aus, um ihre eigene Agenda durchzudrücken (siehe Punkt 1),
- nutzen das Thema „Katastrophe“, um bei den Wahlen Kapital daraus zu schlagen (siehe die Grünen im Abschnitt weiter unten),
- delegitimieren die staatlichen Institutionen: So erhalten beispielsweise Feuerwehreinheiten keine Aufträge. Und noch als kleiner Reminder: Das Grundgesetz geht seit 2020 baden, verfassungstreue Richter werden mit Hausdurchsuchungen beglückt, Innenministeriums-Mitarbeiter entlassen, wenn sie ihren Job machten, und Wahlen annulliert, wenn das Ergebnis nicht genehm ist. Wer delegitimiert hier nun staatliche Institutionen?
- verbreiten nicht nur Falschinformationen, sondern noch schlimmer: Es wurden gar keine Informationen verbreitet, als es an der Zeit dafür war. Und dieser Unterlass von Information hat de facto Menschenleben gekostet.

Und nebenbei:

- Bei den Grünen wird man sich sicherlich über den Auftrieb freuen und Armin Laschet wirkte im Hintergrund von Steinmeiers Rede im Katastrophengebiet auch sehr **erheitert** (https://youtu.be/Uk-TsNQKDI0).

Halten wir fest:

> ***Regierung und Medien haben durch Informationsunterlass Menschenleben auf dem Gewissen. Querdenker und andere Demokraten retten Menschen oder helfen ihnen zumindest.***

Helmut Kohl sagt einst, entscheidend sei, was hinten rauskommt.

Bei den etablierten Medien und der Regierung kommen schlicht

heiße Luft, inhaltsleere Worte und ein paar traurige Pfennige als Hilfszahlung raus. Bei den Helfern aus der Demokratiebewegung hingegen Taten. Diese aufrichtigen Menschen dafür noch zu verleumden, während man selbst auf ganzer Linie versagt hat, ist eine neue Stufe der Schäbigkeit und des desaströsen Sittenverfalls in diesem Land.

Diese schändliche Berichterstattung zeigt zudem enorme Wirkung: Helfende Querdenker oder in deren Nähe gerückte Organisationen werden von den Gemeinden abgewiesen, ihre Hilfe ausgeschlagen. Konkret bestätigte etwa „Eltern stehen auf e.V." nach einer schriftliche Anfrage, dass der Verein daran gehindert wurde, vor Ort Hilfe zu leisten.

> ***Das muss man sich mal vor Augen halten: Da wird Flutopfern die Hilfe von entschlossenen Anpackern verwehrt, weil diese Personen oder Organisationen politisch unerwünscht sind.***

Als würde es die Flutopfer auch nur im Geringsten interessieren, ob sie von einem Querdenker, einem Antifa-Mitglied, einem Grünen-Wähler oder einem Neonazi gerettet werden. Wie erklärt man das den Opfern? „Sorry, diese Hundertschaft darf hier keine Sandsäcke auslegen, denn diese Leute haben zu Corona eine andere Meinung." Rettung ist Rettung! Basta!

Man stelle sich die Hilfe eines politisch unkorrekten Helfers auf einer kleineren Skala vor. Ein Querdenker — samt entsprechendem weißen Querdenker-Shirt — würde einen Autounfall mitansehen, dann sofort die verletzten Autofahrer und Passanten versorgen und davor noch den Krankenwagen rufen. Wäre es vorstellbar, dass die Unfallbeteiligten die Hilfe abweisen würden, weil der Helfer ein Querdenker ist? Wohl kaum! In Notsituationen sind wir alle gleich, sind wir alle Menschen. Davon abgesehen wäre es sogar die Pflicht eines jeden, am Ort eines Unfalls unverzüglich Hilfe zu leisten. Eine

Verweigerung dessen, wenn klar die Möglichkeit zur Beteiligung bestand, kann den Strafbestand der unterlassenen Hilfeleistung erfüllen.

Wer weiß? Wenn die Querdenker und andere Organisationen der Demokratiebewegung nun nicht mithelfen würden, würden die Medien vielleicht umgekehrt titeln, wie ignorant und wenig hilfsbereit die besagten Gruppen doch tatsächlich seien. Ganz nach dem Motto: „Seht her! Wenn mal wirklich Not herrscht, dann sind die ganzen ‚friedlichen' Querdenker nicht zur Stelle. Selbst bei Flutkatastrophen sind diese Spinner ein ignorantes Pack!" Egal, was sie tun — es scheint immer falsch zu sein.

Aber wäre jetzt nicht dieser eine Moment, in welchem man für einen kurzen Augenblick über sämtliche Rivalitäten und Gräben hinwegsehen könnte, um an einem gemeinsamen Ziel zu arbeiten? Wohl eher nicht. Die politische Gesinnung, die „menschliche Korrektheit" scheint bei den Sittenhütern immer noch höher im Kurs zu stehen, als mit konkreten Taten Menschen in der Not zu helfen.

Wahrlich falsche, unnötige Helfer

Welche Hilfe kommt nun wirklich bei den Menschen an? Die Bundeswehr? Mitunter. Ausnahmsweise macht sie mal was Vernünftiges. Das sollte dann auch honoriert werden. Die Feuerwehr? Teils nur, wenn sie einen Auftrag erhält. Hilfsgelder? 300 Millionen Euro. Wow! Helfende Hände, die allerdings zu Corona eine andere Meinung haben? Bloß nicht!

Doch nicht verzagen, liebe Flutopfer! Die ultimative Rettung naht! Und zwar in Form eines **Impfbusses** (https://www.mrn-news.de/2021/07/20/rhein-pfalz-kreis-impfbus-des-rhein-pfalz-kreises-kommt-in-ahrweiler-an-450213/).

Na grandios! Ein Impfbus im Flutkatastrophengebiet! Wonach lechzen die Menschen, denen soeben ihre Existenz, ihr ganzes Hab und Gut unter dem Arsch weggespült wurde? Die vielleicht soeben ihre Liebsten verloren haben? Nach was lechzen und dürsten sie? Nach Essen? Getränken? Seelischem Beistand? Anpackenden Händen? Nein, alles zweitrangig. In so einer Situation möchte man erst einmal nur eines: eine Corona-Impfung. Wo man dann hingeht, wenn Nebenwirkungen eintreten, steht wohl auf einem anderen Blatt.

> ***Hier tritt nicht nur Wasser, sondern auch der Zynismus über alle Ufer. Helfenden Querdenkern wird der Zugang verwehrt, aber völlig sinnlose und obendrein mit gefährlichen Injektionen beladene Busse dürfen in das Krisengebiet einfahren?***

Es scheint jede moralische Hemmung gefallen zu sein. Der Corona-Kult macht nicht einmal vor Flutkatastrophen halt. Bleibt zu hoffen, dass sich der eine oder andere Aufräumhelfer mit schwerem Gerät ein Herz fasst und den Impfbus auf den Trümmerberg legt, da wo er hingehört. Dann ist Platz für die *echten* Helfer.

Das Klima-Bergamo — „Hast du nicht die Bilder von NRW gesehen?!?“

In Anbetracht der oben skizzierten Umstände kristallisiert sich immer deutlicher hervor, dass es hier nie und nirgends um die Menschen oder gar um Menschlichkeit ging. Es wurde von den Verantwortlichen nichts unternommen, um die Katastrophe zu verhindern. Und ehrbare Helfer, die den Opfern zu Hilfe eilen wollen, werden entweder in ihrer Arbeit behindert oder sogar verleumdet und als gefährlich eingestuft.

Only bad news are good news. Getreu diesem Credo wurden hier die medialen Bilder geschaffen, die man braucht, um die Grünen bei der Bundestagswahl in die Regierung zu hieven und eine restriktive Klimapolitik zu fahren.

> ***Politisches Kapital wird aus der Katastrophe geschlagen.***

Jetzt kann man wie dereinst bei Bergamo sagen: „Hast du nicht die Bilder von NRW gesehen, du Klimaleugner?“ Es kommt auch wieder fast das identische Wording zum Tragen. Ein Klimawissenschaftler spricht von einer „**neuen Normalität** (https://youtu.be/Y_GCbChIRyM?t=58)“ und ähnliche Phrasen von Solidarität und gemeinsamem Anpacken und Zurückstecken eigener Bedürfnisse werden wieder laut.

Die ersten können es schon gar nicht erwarten, andere von oben herab zu belehren oder sich jauchzend darüber zu erfreuen, wenn andere auf schmerzhafte Weise ihre „Lektion“ lernen müssen, wie dieser **Tweet** (https://twitter.com/mgarrtner/status/1415715949525798915?s=20) zeigt:

> ***Screenshot von Twitter*** *(https://twitter.com/mgarrtner/status/1417849703346188295?s=20)*

Schlusswort: Die Freiheit ist nicht der Preis für einen grünen Planeten!

Das Leben auf einem grünen, ökologisch intakten Planeten ist möglich, ohne es mit dem Preis der Freiheit zu bezahlen. Die Akteure hinter dem ideologisch vereinnahmten „Umweltschutz“ aus Politik und Medien bewiesen bei dieser Katastrophe ihre Empathie- und Skrupellosigkeit. Das sind weiß Gott nicht die Menschen, die uns in eine grünere, bessere Welt führen. Diese Menschen brauchen dringend professionelle Hilfe, aber keinen Posten an einem Machthebel.

> ***Mit Angst schafft man keine bessere Welt. Aber Angst ist genau der machterweiternde Rohstoff, der mit solch einer Politik generiert wird.***

Wahre Fürsorge für den Planeten bedeutet, die wahren Ursachen unserer real existierenden Öko-Katastrophen zu benennen und diese ehrlich und zielgerichtet anzugehen. Die Welt wird nicht grüner, gesünder und nachhaltiger durch verbotene Plastikhalme, CO2-Steuer-Ablassbriefe, grüngewaschene Ökosiegel, pseudonachhaltigen Hipster-Bullshit, elektrobetriebene, hochentzündliche, toxische Seifenkisten oder indem man sich darauf verlässt, dass rein technische Innovationen alles regeln werden.

Nicht Verbote, Zwangsmaßnahmen, Enteignung, Einflößungen von toxischer Scham und grüner Diktatur sind die Werkzeuge für eine bessere Welt. Sondern wahrhaftiges In-den-Kontakt-Kommen mit dem Erdkörper Gaja, die Wiederherstellung des eigenen Empathie-Vermögens für sich und die Mitwelt sowie ehrliche Schattenarbeit — das ist der Stoff, aus dem eine bessere Welt gemacht ist.

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.

Nicolas Riedl, Jahrgang 1993, geboren in München, studierte Medien-, Theater- und Politikwissenschaften in Erlangen. Den immer abstruser werdenden Zeitgeist der westlichen Kultur dokumentiert und analysiert er in kritischen Texten. Darüber hinaus ist er Büchernarr, strikter Bargeldzahler und ein für seine Generation ungewöhnlicher Digitalisierungsmuffel. Entsprechend findet man ihn auf keiner Social-Media-Plattform. Von 2017 bis 2023 war er für die Rubikon-Jugendredaktion und Videoredaktion tätig.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz** (**Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.